Reinhart v. Öttingen
Orientteppiche
EINKAUF
Porzellane
Antiquitäten
W 9, Budapester Str. 23

Nummer 223

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Strickwolle u. Garne en gros
GEBR. BARENHOLZ-NORDHAUSEN
FILIALE: BERLIN, WEINMEISTERSTR.

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Inneres P. Steinborn, Schöneberg; Äußeres Dr. R. Jügler, Berlin; Kunst, Wissenschaft u. Lokales: F. Köppen, Bln.-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: H. Ronglowsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe · Preis 300 Mk. 68. Jahrgang Mittwoch, 16. Mai 1923

Besprechungen Bonar Laws mit Poincaré.

EE Paris, 16. Mai.

Bonar Law wird aus Aix les Bains nicht direkt nach London zurückreisen, sondern sich zunächst einige Tage in Paris aufhalten. Es wird behauptet, daß er hier einen Spezialisten wegen seines Kehlkopfleidens konsultieren wolle; doch steht fest, daß er bereits heute eine Besprechung mit Poincaré abhalten wird. Nach London wird Bonar Law erst am 24. Mai zurückkehren.

Poincaré über die Ruhraktion.

EP Paris, 16. Mai.

Poincaré hat der Finanzkommission des Senats versprochen, nächsten Donnerstag vor ihr zu erscheinen, um auf ihre Frage über die Ruhraktion zu antworten. Am nächsten Dienstag soll in der Kammer die Interpellationsdebatte über die Ruhr eröffnet werden.

Drohende Stillegung des Bochumer Vereins

Bochum, 15. Mai.

Nachdem die Franzosen in der vorigen Woche die Seilbahn zwischen der Zeche Karolinenglück und dem Bochumer Verein lahmgelegt haben, ist nunmehr auch die Eisenbahnverbindung zwischen der genannten Zeche und dem Bochumer Verein von ihnen unterbunden worden, sodaß der Bochumer Verein keinen Koks mehr beziehen kann. Es droht die Stillegung des 22 000 Arbeiter beschäftigten Werkes.

Gladbeck, 15. Mai.

Block Zwecke 1 und Bahnhof Feldhausen sind heute früh gegen 6 Uhr von den Franzosen besetzt worden. Der Personenverkehr geht nur von Bismarck bis Gladbeck. In Gladbeck verlangen die Franzosen von sämtlichen Organisationen die Mitgliederverzeichnisse.

Zur Besetzung Gelsenkirchens.

Mtb Gelsenkirchen, 16. Mai.

Zu der angekündigten Besetzung Gelsenkirchens mit drei Bataillone französischer Truppen wird noch gemeldet, daß die Besetzung wahrscheinlich mit der Verstärkung der französischen Ruhrarmee und mit der damit zusammenhängenden Umgruppierung der Formationen zusammenhängt. Gelsenkirchen war die einzige Großstadt des Industriegebiets, die bisher von feindlicher Besatzung frei war.

Zur Revisionsverhandlung im Krupp-Prozeß.

Mtb Düsseldorf, 16. Mai.

An der Revisionsbegründung im Krupp-Prozeß sind die Rechtsanwälte Dr. Grimm-Essen, Dr. Bräutigam-Düsseldorf und Moriaud beteiligt. Krupp befindet sich in Einzelhaft, doch ist es ihm gestattet, mit den Direktoren in Verbindung zu treten. Die Revision wird nach französischem Recht in Abwesenheit der Angeklagten begründet werden. Das Revisionsgericht entscheidet mit einer Besetzung von fünf Richtern unter dem Vorsitz eines Generals. Die Verpflegung der Gefangenen wird durch das Rote Kreuz besorgt.

Die Arbeiter der Höchster Farbwerke lehnen eine Unterstützung der Franzosen ab.

Mtb Höchst, 16. Mai.

Das Kommando, das gestern die Besetzung der Höchster Farbwerke vornahm, ließ sich im Laufe des Tages den Betriebsrat kommen, dem es etwa die gleichen Aufschlüsse über den angeblichen Zweck der Besetzung gab, wie unmittelbar vor der Besetzung der Badischen Anilin- und Sodawerke den Pressevertretern. Der militärische Wortführer forderte den Betriebsrat auf, bei der Abbeförderung der beschlagnahmten Farben und Produkte behilflich zu sein, damit die Besetzung mit Erledigung des Auftrages nach drei Tagen aufgehoben werden könne. **Der Betriebsrat lehnte entschieden die Hilfe de rArbeiterschaft ab**, da er das Eindringen in die Stätten der Arbeit als ungesetzlich und vertragswidrig betrachtet. Der Zutritt zu den Werken wurde daraufhin nicht nur den Arbeitern, sondern auch den Angestellten verwehrt. Lediglich die Direktoren durften den Betrieb betreten, jedoch nur unter Bewachung.

Ausweisung von 40 Eisenbahner-Familien.

Trier, 15. Mai.

Im Bezirk Trier war auf den 9. Mai in Conz und Karthaus von Smeets eine Versammlung der Eisenbahner einberufen worden, zu der jedoch niemand erschien. Daraufhin wurden etwa 100 Leute nach einer von den Franzosen aufgestellten Liste aufgefordert, sich am Donnerstag vormittag 7 Uhr auf der Bürgermeisterei Karthaus einzufinden. Auch hierstellte sich niemand ein. **Daraufhin wurden 40 Familien ausgewiesen.** Für den 10. Mai war eine neue Versammlung anberaumt, die anfangs von einem zu den Franzosen übergetretenen Eisenbahnsekretär geleitet wurde. In der Versammlung war der Vertreter des Kreisdelegierten und französischen Kommissars anwesend. Jeglicher Erfolg der Versammlung wurde jedoch durch das schneidige Eingreifen eines Eisenbahnassistenten vereitelt, der zum Vorsitzenden gewählt worden war und der die Versammlung mit den Worten schloß: „Die Eisenbahner in Karthaus fürchten nichts wie Gott auf der Welt und bleiben der deutschen Sache treu.“ Der Vertreter des Kreisdelegierten kündigte **wegen des Mißerfolgs weitere Ausweisungen an.**

Reichstag und Antwortnote

Die Parteiführer beim Kanzler.

Vor Beginn der heutigen Plenarsitzung empfing der Reichskanzler zunächst die Vertreter der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen und sodann die Führer der Parteien der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft. Gegenstand der Erörterung war der Eindruck, den die Reichsregierung nach einer gestern in einer Vollsitzung des Kabinetts vorgenommenen Prüfung der englischen und italienischen Note von der Gesamtlage gewonnen hatte. Die Parteiführer konnten ihrerseits die Versammlung von den in den Fraktionen herrschenden Meinungen unterrichten. Von irgendwelchen Beschlüssen konnten Kanzler und Außenminister nach Lage der Dinge keine Kenntnis geben. Die Verhandlungen innerhalb der Regierung über die weitere Entwicklung dauern noch an. Jedenfalls steht aber so viel fest, daß neue Entschlüsse vor dem Pfingstfest mit Sicherheit nicht mehr zu erwarten sind.

Das „Programm“ des Abgeordneten Müller-Franken.

Der Aeltestenrat des Reichstages trat heute vor der Plenarsitzung zu einer kurzen Besprechung über die Geschäftslage zusammen. Eine Einigung über die Behandlung der Etats für den Reichskanzler und das Auswärtige Amt wurde nicht erzielt. Die Sozialdemokraten bestanden darauf, zu diesem Punkte der Tagesordnung zu sprechen. Sie werden den Abg. Müller-Franken vorschicken. Auch die Kommunisten wollten das Wort ergreifen. Die bürgerlichen Parteien behielten sich ihre endgültige Stellungnahme vor. Sie wollten sich nur an der Debatte beteiligen, wenn sie durch die Reden der Linken dazu gezwungen werden. Dasselbe galt von dem Außenminister v. Rosenberg.

Nach Erledigung einiger noch ausstehender Etatsposten erhielt dann in der Plenarsitzung, die um 11 Uhr begann, Abg. Müller-Franken (Soz.) das Wort zu der angekündigten Erklärung. Er führte aus: Er glaube, daß weite Kreise des Volkes nicht verstehen würden, wenn der Reichstag in die Pfingstferien ginge, ohne zur auswärtigen Lage Stellung genommen zu haben. Es sind Noten gewechselt worden, aber es hat sich nichts geändert. Höchstens hat der Terror im alt- und neubesetzten Gebiet zugenommen. Der Redner erinnert an die französischen Kriegsgerichtsurteile und erklärt, Krupp habe niemals zu den berüchtigten Scharfmachern gehört. Das Verhältnis zwischen Arbeitern und Industriellen sei überhaupt ein anderes geworden. (Zustimmung. — Reichskanzler Dr. Cuno erscheint im Saal.) Man sollte doch in Frankreich einsehen, daß man mit solchem Terror nichts erreicht. Der Redner glaubt, daß die Antwortnoten der Entente noch nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten verschütten. Die Franzosen und Belgier verlangen zuvor die Aufgabe des passiven Widerstandes. Die Sozialdemokratie habe die Kapitulation schon mehrmals abgelehnt. Trotzdem würde von deutschnationaler Seite immer wieder das Gegenteil behauptet. Gegen solche Brunnenvergiftung müsse sich die Sozialdemokratie verwahren. (Beifall.) Wenn der Widerstand nicht aus dem freien Willen der Bevölkerung hervorgegangen wäre, dann würde er an dem furchtbaren französischen Terror längst zerbrochen sein. Die Verweigerung der Arbeit sei übrigens kein Streik, denn ein Streik richte sich gegen den rechtmäßigen Arbeitgeber. Warum habe man aber diesen passiven Widerstand in der Note überhaupt erwähnt? Man hätte ihn ruhig der Bevölkerung überlassen und sich auf die rein politischen Fragen beschränken sollen. (Zustimmung links.) Innerpolitische Motive dürfe man bei der Beantwortung einer außenpolitisch wichtigen Note nicht mitsprechen lassen. Der Wortlaut der Note sei aber tatsächlich der Sozialdemokratie auch erst durch die Presse bekanntgeworden, sie habe darauf nicht eingewirkt. Für die Garantierung der deutschen Leistungen müßte der Besitz der deutschen Kapitalisten weitgehend herangezogen werden. (Zurufe rechts.) Der Redner erwidert: Wollen Sie (nach rechts) etwa bestreiten, daß die Landwirtschaft, die sich in den letzten Jahren schuldenfrei gemacht hat, dazu in der Lage ist? (Abg. Dr. Helfferich [Dnatl. Vp.]: Sie erwecken falsche Illusionen!) Gerade zu diesem Zwecke sind Summen aus der deutschen Wirtschaft herauszuholen wie zu keinem anderen Zwecke. (Zustimmung b. d. Deutschnationalen und Rufe: Aber nur für die Endlösung.) Eine solche haben wir auch immer verlangt. Wenn es gelingt, das Ruhrgebiet zu befreien und im Rheinlande wieder gesetzmäßige Zustände herzustellen, dann ist kein Opfer dafür zu groß. Die englische Note geht zurück auf den Bonar Lawschen Vorschlag auf der Pariser Konferenz. Bezüglich der Endsumme sind zwischen der deutschen und der englischen Note zweifellos Differenzen vorhanden, aber sie sind nicht so groß, daß sie nicht überbrückt werden könnten. Die englische Regierung wird hoffentlich auch in diesem Punkte das Ihre zur Befriedung der europäischen Verhältnisse tun. Aber es kommt nicht bloß auf die Endsumme, sondern auch auf die Modalitäten der Lösung an. Sie kann nur auf dem Wege einer internationalen Anleihe erfolgen, aber nur dann, wenn wir substantiierte Garantien bieten. In diesem Punkte ist die deutsche Note wenig konkret. Wir müssen einen festen Zahlungsplan anbieten. Infolge des Einbruchs ins Ruhrgebiet sind Eisenbahnüberschüsse zurzeit nicht vorhanden. Wir müssen aber wieder dazu kommen. Auch ist es jetzt an der Zeit, etwas konkreter zu werden mit den Garantien der Landwirtschaft und Industrie. Es ist an der Zeit, die notwendigen gesetzgeberischen Vorbereitungen zu treffen. Wir haben seit mehreren Jahren die Forderung vertreten, daß die Erfassung der Sachwerte erfolgen soll. Im Augenblick ist nicht die Zeit dazu, aber dann ist der Zeitpunkt gekommen, wenn es sich um die Endlösung handelt. Es liegt in unserm Interesse, von uns aus für eine erträgliche Lösung der Krise alles zu tun, was in unsern Kräften liegt. Wir sollten uns nicht alles aufoktroyieren lassen, sondern aus Eigenem etwas anbieten. Die Regierung muß auch die Initiative ergreifen zu Verhandlungen mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die Frage der vertragsmäßigen Koks- und Kohlenlieferungen. Auch hier müssen wir zu konkreten Plänen kommen, damit wir nicht eines schönen Tages durch die Tatsachen überrascht werden. Wir haben ein hohes politisches Interesse an dem Zustandekommen solcher wirtschaftlichen Verträge; denn nur sie werden allmählich zu der Entspannung führen, die kommen muß trotz des Hasses, der jetzt in Deutschland entzündet worden ist. Auch in der Frage der politischen Sicherung müssen wir konkretere Vorschläge machen. Der Redner erinnert an die Indiskretionen im „Daily Telegraph“ über die Eisenbahnverhandlungen. Diese Pläne müßten durch solche neuen deutschen Vorschläge verhindert werden. Trotz eines solchen Rheinpaktes müßten natürlich die Fristen für das Saargebiet laufen, es genüge, das in einem Nebensatz zu sagen. Das Ziel der Verhandlungen muß natürlich **Räumung der Ruhr auf kürzeste Frist** sein. Die Franzosen behaupten, es handle sich nur um Pfandnahme. Man muß sie nun auf die Probe stellen. Wir müssen nachweisen, daß machtpolitische Pläne dahinterstecken. Das können wir aber erst, wenn wir einer wirtschaftlichen Lösung im besetzten Gebiet näherkommen. Unerhört ist allerdings das Verhalten der Rheinlandkommission. (Lebh. Zustimmung.) Das englische Unterhaus sollte sich damit einmal ebenso befassen wie mit dem Saarunrecht. Der Redner dankt der rheinischen Bevölkerung für ihr heldenmütiges Ausharren trotz der schweren Unterdrückung, ohne daß sie zum aktiven Widerstand bisher übergegangen ist. Mit Revanche sei dem Rheinland nicht gedient. Leider werde aber die Revancheidee gestärkt durch das Verhalten der französischen Soldateska. Als gleichberechtigtes Glied der europäischen Völkerfamilie werde das deutsche Volk jedes notwendige Opfer bringen. (Beifall bei den Soz.)

Inzwischen war bekannt geworden, daß die bürgerlichen Parteien eine gemeinsame Erklärung formuliert hatten, und daß auch der Reichsaußenminister Dr. v. Rosenberg voraussichtlich einige kurze Bemerkungen zur Lage machen werde. Das Wort erhält sodann

Abg. Leicht (Bayer. Vp.), der im Namen der bürgerlichen Mittelparteien folgende Erklärung abgibt: **Der gegenwärtige Augenblick erscheint uns als verfrüht, um zu den auf das deutsche Angebot eingegangenen Antwortnoten im Reichstage Stellung zu nehmen. Wir werden uns deshalb an der parlamentarischen Aussprache hierüber nicht beteiligen. Wir sprechen aber die vertrauensvolle Erwartung aus, daß die Reichsregierung den Weg gehen wird, der in dieser für unser Volk und Vaterland lebenswichtigen Zeit notwendig ist.** (Beifall b. d. Mehrheit.)

Abg. Hergt (Dnatl. Vp.): **Der Abg. Müller-Franken findet mit seiner Rede nach vieler Richtung durchaus unsere Zustimmung.** Auch wir sind im Gegensatz zu der eben im Namen der Arbeitsgemeinschaft verlesenen Erklärung der Ansicht, daß es gut, ja notwendig ist, daß man sich etwas eingehender über die außenpolitischen Fragen äußert, zumal die Regierung sich Zurückhaltung auferlegt. Man kann sehr wohl Verständnis haben für die außerordentlichen Schwierigkeiten, in denen sich unsere Regierung bei der Einstellung zu den Noten befindet. Das ganze Volk ist ja mit dem Gefühl dafür erfüllt. Aber aus diesem Gefühl heraus ergibt sich nun doch auch eine ganz außerordentliche Unruhe in unserm Volk, und ich glaube, die Sorge ist allgemein, daß Verzögerungen der nun einmal notwendigen Entschließungen doch Nachteile für unsere deutsche Sache haben könnten, daß letzten Endes kraftlos die Sache ihren Ausgang nehmen könnte. Deshalb muß doch etwas Positives dazu gesagt werden, wie man sich hier die Lösung eigentlich denkt. Die Noten liegen ja fast sämtlich vor. Sie haben auch unsere eigenen Vorschläge als unannehmbar, als ungeeignet bezeichnet. Sie haben aber auch uns ungangbare und unerträgliche Zumutungen gestellt. Da kommen wir Deutschnationalen zu dem Resultat, daß bei allen Wünschen, die einmal angeknüpften Fäden nicht endgültig etwa abreißen zu lassen, doch unter den durch die Antwort der Entente heute geschaffenen Verhältnisse für unsere Regierung keine Möglichkeit einer neuen Note, wie sie von uns verlangt wird, gegeben ist. (Sehr richtig!)

Nachdem Abg. Hergt noch einmal mit Nachdruck betont hatte, daß die hinter ihm stehenden Kreise des deutschen Volkes bereit seien, mit allen Kräften für eine endgültige Lösung der Reparationsfrage einzutreten, erhielt das Wort der

Reichsaußenminister Dr. v. Rosenberg

zu folgender kurzen Erklärung:

Zu meinem lebhaftem Bedauern sehe ich mich außer Stande, den Herren Vorrednern auf das außenpolitische Gebiet zu folgen. Wie bekannt, ist nach der belgisch-französischen Antwort auf unsere letzte Note die englische und die italienische Note am letzten Sonntag eingetroffen, und gestern haben wir die Antwort der japanischen Regierung erhalten. Die Reichsregierung ist mit dem Ernst und der Sorgfalt, die der Wichtigkeit des Gegenstandes entsprechen, in die Prüfung dieser Antworten eingetreten. Die Prüfung ist noch nicht abgeschlossen. Bevor dies nicht der Fall ist, würde es den Interessen des Landes widersprechen, vom Regierungstisch Erklärungen zur Gesamtlage unserer auswärtigen Politik oder zu den sich ergebenden Einzelfragen abzugeben. Ich bitte aber das Hohe Haus, überzeugt zu sein, daß die Regierung sich der auf ihr lastenden Verantwortung bewußt und nur von dem einen Wunsch erfüllt ist, den Weg zu finden, den ihr nach Pflicht und Ueberzeugung das Interesse von Volk und Vaterland, das Interesse der Gesamtheit vorschreibt.

Nach dieser auf der Linken anscheinend als unverbindlich betrachteten Erklärung leerte sich das Haus unter lebhafter Bewegung, und das Wort erhielt der kommunistische Redner.

Zu Ehren des Ministerpräsidenten Mussolini gab gestern der deutsche Botschafter in Rom ein diplomatisches Essen, an welchem der Generaldirektor im Ministerium des Auswärtigen Senator Contarini, der amerikanische und der englische Botschafter sowie andere Persönlichkeiten teilnahmen.

•

Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen ist in Begleitung des Legationsrats Hedervary in Rom eingetroffen.

Reparationszahl und Garantien.

Für die Noten, die England und Italien jetzt Deutschland übergeben haben, gibt es keinen französischen Rechtsbruch, keine Zerstörung deutscher Wirtschaftskraft durch die französisch-belgische Vergewaltigungspolitik, keine Blutschuld des in das Ruhrgebiet eingedrungenen Militarismus, keine Rechtsvergewaltigung gegenüber deutschen Bürgern. Es ist schwer, nach wie vor mit passiver Resistenz zu ertragen, wie die Welt daran vorübergeht, daß Ehre und Lebensfähigkeit der deutschen Nation mit Füßen getreten werden. Und es fehlt uns jedes Verständnis dafür, daß die Nationen, die die moralischen Kräfte zur Erreichung des Sieges im Weltkriege aus der Verkündung der Grundsätze eines damals nach unverfälschten amerikanischen Programms gewannen, jetzt rücksichtslos daran vorübergehen, daß einem arbeitsfrohen Volke, daß einer Nation von bedeutungsvoller kultureller Mission die Möglichkeit freien Eigenlebens immer mehr genommen wird und daß die politischer und wirtschaftlicher Kräfte des Kontinents immer mehr Händen überantwortet werden, deren Ziel es ist, mit Gewalt die Freiheit anderer niederzuhalten, statt die Wunden der Kriegszeit bei sich und den anderen zu schließen. Doch je mehr wir voll Bitterkeit erkennen müssen, daß wir ausschließlich auf uns selbst gestellt sind, und daß die Stimmen des Rechts im Augenblick in der Welt kein Gehör finden, umso kräftiger und würdiger müssen wir selbst für unser Ziel, die Selbständigkeit unseres Volkes und die freie Zukunft unserer Nation zu erhalten, eintreten, müssen wir selbst fortfahren, Wege zu suchen, wie wir auch bei den anderen hierfür Kräfte in Bewegung setzen können.

Daraus erwächst uns die Pflicht, uns mit dem Sachlichen zu beschäftigen, was die Noten Englands und Italiens enthalten und was nunmehr möglicherweise die schmale Brücke bildet, auf der die eingeleitete internationale Aussprache aufrecht erhalten werden kann. Es ist unrichtig, wenn in der englischen Note behauptet wird, daß Deutschland an der Tatsache vorübergegangen sei, welche Aufnahme das englische Angebot im Januar 1923 in Paris gefunden hat. Um was handelte es sich dort? Das englische Angebot machte ein Ende mit der französischen Legende von 132 Milliarden Goldmark. An die Stelle der im Londoner Zahlungsplan vorgesehenen Schuldverschreibungen trat eine einzige Reihe neuartiger Bons im Gesamtwert von 50 Milliarden Goldmark, die mit 5 Prozent verzinst werden sollten. Der englische Plan faßte die deutschen Verpflichtungen wie folgt zusammen: Nichts für 4 Jahre (abgesehen von gewissen Sachlieferungen, für die auf künftige Zahlungen Kredit gewährt werden soll), zwei Milliarden Goldmark jährlich für die nächsten 4 Jahre, gleich 4 Prozent der Gesamtschuld, 2½ Milliarde Goldmark jährlich für die folgenden beiden Jahre, gleich 4 Prozent der Gesamtschuld. Nach 10 Jahren erhöht sich die jährlich zu zahlende Summe auf 3,3 Milliarden infolge Zuzugs der rückständigen Zinsen für die Zeit des Zahlungsaufschubs. Falls durch ein gemischtes Schiedsgericht die deutsche Zahlungsfähigkeit geringer veranschlagt wird, kann die Summe auch für diesen Zeitraum auf 2½ Milliarden herabgesetzt werden. Die Verbandsschulden bei England werden ohne weiteren Ausgleich gestrichen. — Nach der 1922 von Poincaré veröffentlichten Uebersicht schuldet Frankreich an Großbritannien 11,8 Milliarden Goldmark, schuldet Italien an Großbritannien 9,7 Milliarden Goldmark. An der Zusammenwirkung dieser englischen Zusage, mit dem deutschen Angebot gehen insbesondere die Hinweise der italienischen Note auf die für Italien bestehende Notwendigkeit einer die internationale Verschuldung berücksichtigenden Regelung der Reparationsfrage vorüber. —

Die deutsche Note hat ihrerseits einen Betrag von 20 Milliarden als absolut feststehende Schuldsumme gekennzeichnet, die Deutschland auf alle Fälle aufbringen will. Dabei hat sich Deutschland in der Note verpflichtet, alles zu tun, um eine möglichst schnelle Realisierung dieses Betrages auf dem Wege der Anleihe herbeizuführen. Alle über diesen Grundbetrag hinausgehenden deutschen Verpflichtungen hat die deutsche Note abhängig gemacht von dem Votum eines internationalen Sachverständigenkollegiums, dabei einen Gedanken ergreifend, der von englischer Seite selbst schon bei der Pariser Konferenz vom Januar des Jahres ausgesprochen war, und den England nach Bekanntwerden der in gleicher Richtung laufenden Vorschläge der Vereinigten Staaten von Amerika ausdrücklich unterstützte. — Wenn die deutsche Note darauf verzichtete, als Ziffer eines auf solcher Schätzung beruhenden weiteren Zahlungsbetrages den Betrag zu nennen, der notwendig gewesen wäre, um eine Uebereinstimmung mit dem englischen Angebot herzustellen, so hat Deutschland unserer Meinung nach damit den allein richtigen Weg verfolgt, die Regelung der Reparationsfrage in wirtschaftlich durchführbaren Grenzen zu halten, auch wenn Frankreich und Italien nebst Belgien danach sogar den englischen Plan abgelehnt hätten. Man muß doch berücksichtigen, daß das reiche England in dem englisch-amerikanischen Schuldenabkommen sich seinerseits nur glaubte, zu Zahlungsversprechungen herbeilassen zu können, die jährlich die Hälfte des Betrages ausmachen, den Deutschland allein für Verzinsung und Amortisation, der Grundschuldsumme von 20 Milliarden Goldmark zu übernehmen bereit ist. Deutschland will 1,2 Milliarden Goldmark jährlich zahlen aus einer verarmten, desorganisierten, im weltwirtschaftlichen Verkehr unerhört behinderten Wirtschaft, während England seine Leistungsfähigkeit gegenüber dem amerikanischen Gläubiger so veurteilt, daß es jährlich nur einen Betrag von etwa 620 Millionen Goldmark für Zins und Amortisation abstoßen kann. — Erneut

Die vorliegende Zeitung enthält auf Seite 3 als Beilage

Die Steuerpraxis Nr. 9.